

© **Schwerpunkt »Wandel & Widerstand«**

Segen und Fluch zugleich

Die Auflösung von USAID und die Folgen – eine politische Analyse

von Stig Tanzmann

Die Auflösung von USAID durch die US-Regierung 2025 führte weltweit zu massiven humanitären und entwicklungspolitischen Versorgungslücken. Millionen Kinder verlieren Zugang zu Ernährungshilfen, und globale Gesundheits- und Unterstützungsprogramme brechen weg. Gleichzeitig kürzte Deutschland sein Budget für Entwicklungszusammenarbeit erheblich und schränkt damit die Möglichkeiten stark ein, verantwortungsvoll auf die Schließung von USAID zu reagieren und solidarische Hilfe für die Ärmsten der Armen zu leisten. Trotz der dramatischen Folgen birgt das Ende von USAID auch Chancen: Die Behörde galt als zentraler Blockierer agrarökologischer Ansätze und förderte stark die Grüne Revolution, wodurch agrarindustrielle Abhängigkeiten im Globalen Süden zementiert wurden – besonders in Afrika. Mit dem Wegfall dieses Einflusses eröffnen sich neue Räume für Agrarökologie, Ernährungssouveränität und progressive afrikanische Politiken. Für Deutschland bedeutet dies, verstärkt Mittel bereitzustellen, um agrarökologische Programme zu stärken und zivilgesellschaftliche Akteure in Afrika gezielt zu unterstützen.

Die Schließung der US-Behörde für Entwicklungszusammenarbeit USAID auf Empfehlung einer von Elon Musk geleiteten Arbeitsgruppe zur Effizienz von Regierungsbehörden durch die US-amerikanische Regierung im Februar 2025 traf die Weltgemeinschaft wie ein Schock. Insbesondere die Radikalität und Rücksichtslosigkeit in der Umsetzung kam für viele völlig unerwartet. Um nur eine der vielen dramatischen Zahlen zu nennen: Ernährungsexpert:innen schätzen, dass der Einbruch der Finanzierung für die Behandlung schwerer Auszehrung 2,3 Millionen Kinder ohne Versorgung lassen und jährlich 369.000 zusätzliche Todesfälle bei Kindern verursachen könnte.

Situation in Deutschland – starke Budgetkürzungen

Gerade in Deutschland wird über diesen Schock, der noch immer nachwirkt, verdrängt, dass auch große Teile der Union nach der Bundestagswahl im Februar 2025 das Bundesministerium für Entwicklungszusammenarbeit (BMZ) auflösen und das Budget radikal kürzen wollten. Vorausgegangen war eine lange rechte Hetzkampagne gegen das BMZ und die Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen, die medial weite Verbreitung fand und teils auch von verschiedenen

demokratischen Parteien wohlwollend geduldet wurde, anstelle sich schützend vor die jahrzehntelange und international hoch angesehene Arbeit des BMZ und anderer zu stellen. Das BMZ aufzulösen und ins Auswärtige Amt zu integrieren hätte zwar schwere, aber weniger dramatische Konsequenzen gehabt als die Auflösung von USAID. Grundsätzlich zeigt es aber, dass verschiedene Kräfte in Deutschland in eine ganz ähnliche Richtung diskutieren wie in den USA.

Letztlich gelang es der SPD in den Koalitionsverhandlungen, das BMZ als eigenständiges Ministerium zu erhalten. Doch war der Weg bereitet für schwere Kürzungen im Haushalt des BMZ. Diese Kürzungen sind gerade angesichts der Schließung von USAID dramatisch und aus globaler Perspektive unverantwortlich. Die Kürzungen im Bundeshaushalt für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe schränken die Möglichkeiten von BMZ und Auswärtigem Amt (zuständig für humanitäre Hilfe) stark ein, verantwortungsvoll auf die Schließung von USAID zu reagieren und dringend notwendige globale Verantwortung zu übernehmen und Solidarität mit den Ärmsten der Armen zu leisten.

Angesichts der sich immer weiter zuspitzenden globalen Krisen muss dies entwicklungspolitisch klar als bewusste Abkehr der Bundesregierung von der Welt

und der eigenen Weltverantwortung benannt werden. Die ganze Dramatik dieser Entwicklung wird erst richtig deutlich, wenn man sich vor Augen führt, dass das BMZ nach dem Ende von USAID der größte Geber in vielen Teilen des UN-Systems ist. Und statt diese Herausforderung proaktiv gestalten zu können, ist das BMZ gezwungen sich zurückzuziehen. Dies wirft einen großen Schatten auf die Verlässlichkeit von Deutschland im UN-System in Zeiten globaler Krisen.

Dies so deutlich oder vielleicht noch deutlicher zu benennen, ist gerade für die Debatte um die Schließung von USAID in Deutschland von großer Wichtigkeit, denn in der hiesigen politischen Debatte gibt es seit Langem die Tendenz, sich der eigenen Verantwortung zu entziehen, indem mit dem Finger auf andere gezeigt wird, die noch verantwortungsloser agieren – in diesem Fall die USA.

USAID und die Blockade der Agrarökologie

Die Dramatik der Schließung von USAID ist insbesondere für die Bereiche Humanitäre Hilfe, Gender und Gesundheit neben anderen katastrophal und verkürzt und verschlechtert das Leben von Millionen von Menschen kurz- und langfristig. Dies muss immer wieder in aller Deutlichkeit benannt werden.

Betrachtet man die Situation aus dem Kontext der Transformation der Agrar- und Ernährungssysteme ergibt sich aber ein anderes Bild. In der Historie war USAID inhaltlich immer sehr eng an den Interessen der US-Regierung ausgerichtet und diente so immer auch der Durchsetzung von Interessen mächtiger US-Agrarkonzerne wie Monsanto und Finanzinvestoren an der Wallstreet. Dafür wurde die Organisation seit ihrer Gründung kritisiert. Im Bereich der Agrar- und Ernährungssysteme hat dies immer die Ausrichtung an der Grünen Revolution bedeutet. USAID war stets einer der zentralen Geldgeber und Politikbeeinflusser im UN-System und im Globalen Süden für die Agenden der Grünen Revolution. Insbesondere dem Konzept der Agrarökologie stand USAID seit jeher feindlich gegenüber. Gleiches gilt für das Recht auf Nahrung und die Ernährungssouveränität.

Mehr als deutlich wurde und wird diese Ablehnung des Dreiklangs aus Agrarökologie, Recht auf Nahrung und Ernährungssouveränität durch USAID, die US-Regierung im Committee on World Food Security (CFS). Dort wurden immer wieder Initiativen von USAID (meist hochtechnische Ansätze, die allein Interessen der US-Agrarkonzerne dienen) in progressive politische Prozesse hineinverhandelt – wenn es nicht möglich war, wie eigentlich die Regel, diese ganz zu verhindern. Eindrücklichstes Beispiel ist der CFS-Prozess zu Agrarökologie. Der wissenschaftliche Bericht und die politischen Empfehlungen durften

nicht »Agrarökologie« allein im Titel führen, sondern mussten in »Agrarökologie und andere innovative Ansätze« benannt werden. So mussten dann die Steckenpferde von USAID wie *climate smart agriculture*, pfluglose Bodenbearbeitung (auf Basis von Totalherbiziden) und Grüne Gentechnik mit besprochen und verhandelt werden. Im wissenschaftlichen Bericht konnte aber sehr deutlich herausgearbeitet werden, wie schädlich ökologisch wie sozioökonomisch die Ansätze von USAID und anderen Verfechtern der industriellen Landwirtschaft sind.

Wie sehr die USA das Recht auf Nahrung geradezu verachten (als einer von wenigen Staaten weltweit haben sie den entsprechenden UN-Pakt nicht ratifiziert) wurde im US-Haushalts-Shutdown im Herbst 2025 deutlich. Dieser wurde rücksichtslos auf den Rücken der von Hunger und Mangelernährung Betroffenen in den USA ausgetragen. Die Unterstützung von 42 Millionen Menschen in den USA, die auf Lebensmittelhilfen angewiesen sind, wurde während des Shutdowns drastisch eingeschränkt. Dies zeigt noch einmal in aller Eindringlichkeit: Die Überwindung von Hunger und Mangelernährung, also die Verwirklichung des Rechts auf Nahrung aller Menschen, ist für die politischen Entscheidungsträger in den USA nicht Ziel ihrer Politik, sondern ein Druckmittel zur Durchsetzung von politischen und wirtschaftlichen Interessen. Und der jüngste Shutdown zeigt, dass dies sowohl für die Menschen in anderen Ländern als auch für die eigene Bevölkerung gilt.

Die Auflösung von USAID als Segen

Schaut man aus der Perspektive von Agrarökologie, Recht auf Nahrung und Ernährungssouveränität auf die Transformation der Agrar- und Ernährungssysteme ist die Auflösung von USAID daher eher ein Segen. Denn einer der zentralen Gegenspieler in der Debatte um die Transformation der globalen Agrar- und Ernährungssysteme, der über viel Geld und noch mehr politischen Einfluss verfügte, ist nach Jahrzehnten harter Auseinandersetzungen nicht länger dabei. Bei vielen Kritikern der Grünen Revolution und bei sozialen Bewegungen weltweit, insbesondere auch in Afrika, weckt dies die Hoffnung, endlich bei der Umsetzung von Agrarökologie, Recht auf Nahrung und Ernährungssouveränität voranzukommen und die von USAID finanzierte Blockadehaltung überwinden zu können.

USAID im afrikanischen Kontext

Insbesondere in Afrika hat USAID in den letzten 20 Jahren am offensivsten und problematischsten für die Grüne Revolution gewirkt. Dies manifestierte sich in der starken finanziellen Unterstützung der USA für die Allianz für eine Grüne Revolution in Afrika (AGRA). Es war die Allianz für Ernährungssouveräni-

tät in Afrika (AFSA), die immer wieder USAID aufgefordert hat, die Finanzierung von AGRA einzustellen und die agrarökologische Transformation der Agrar- und Ernährungssysteme in Afrika nicht weiter zu blockieren. Die Finanzierung der Blockade der agrarökologischen Transformation durch USAID wurde im Reformprozess der afrikanischen Agrarpolitik im Rahmen der Afrikanischen Union (CAADP)¹ und im Post-Malabo-Prozess² bis 2025 besonders deutlich. Der Prozess wurde von USAID finanziert.

In der Folge ist es bis heute für die von AFSA und vielen bäuerlichen Bewegungen repräsentierte panafrikanische Zivilgesellschaft nicht möglich gewesen, Agrarökologie in der auf Malabo folgenden und das neue CAADP definierenden Kampala-Erklärung³ und deren Indikatoren zu verankern. Dies ist aber im afrikanischen Kontext einer der Hebel der Transformation, da sich die afrikanischen Staaten in diesen Politiken und Erklärungen verpflichten, zehn Prozent ihrer Budgets für Agrar- und Ernährungspolitik auszugeben. Daher ist die Verankerung von Agrarökologie in diesen Prozessen so zentral. Kommt Agrarökologie als Konzept (und Begriff) nicht vor, können die Gelder weiter in Richtung Grüne Revolution fließen. Genau in diese Richtung hat USAID seinen Einfluss geltend gemacht und die von der Grünen Revolution profitie-

renden afrikanischen politischen und wirtschaftliche Eliten gestützt. Folgerichtig sieht AFSA das Ende von USAID eher als Chance für Afrika denn als Problem.⁴

Deutschland im afrikanischen Kontext

Die Bundesregierung hat sich mit BMZ und Bundeslandwirtschaftsministerium (BMLEH) in den letzten zehn Jahren immer weiter vom Modell von USAID und der Grünen Revolution gelöst, wenn auch kein klarer Bruch vollzogen wurde. Diese Lösungsprozesse der Bundesregierung waren eine Antwort auf die starke zivilgesellschaftliche Kritik an der G8 New Alliance und AGRA und Aktivitäten von CFS und der UN-Welternährungsorganisation (FAO) zu Agrarökologie. Ganz praktisch baut das agrarökologische Engagement von BMZ und BMLEH auf dem Bundestagsantrag von CDU und SPD aus dem Jahr 2019 auf.⁵ Der Antrag ebnete den vom BMZ finanzierten und bis heute aktiven Wissenszentren für ökologischen Landbau und Agrarökologie in Afrika (KCOA⁶) den Weg. Auch die Afrika-Strategie des Bundeslandwirtschaftsministerium von 2024 hat starke Bezüge zu dem genannten Antrag.⁷

Die Folgen der Grünen Revolution und USAID

Infolge von COVID und Ukrainekrise gab und gibt es sehr starke Stimmen weltweit und insbesondere in Afri-

Folgerungen & Forderungen

- *Entwicklungszusammenarbeit konsequent schützen und finanzieren:* Die deutsche Politik hat die Handlungsfähigkeit des BMZ durch starke Haushaltskürzungen massiv eingeschränkt. Angesichts des Wegfalls von USAID muss Deutschland seine globale Verantwortung stärker wahrnehmen. Das BMZ-Budget muss daher wieder erhöht und langfristig abgesichert werden, um Versorgungslücken zu schließen und glaubwürdiger Partner im UN-System zu bleiben.
- *Abhängigkeiten im Ernährungssystem überwinden:* USAID hat in vielen Bereichen der Landwirtschaft Abhängigkeiten durch Privatisierung, Patentrechte und wirtschaftliche Einflussnahme geschaffen. Die Auflösung von USAID beseitigt einen zentralen Blockierer agrarökologischer Ansätze im globalen Ernährungssystem. Hieraus ergeben sich neue Chancen für dessen sozial-ökologische Transformation.
- *Kurs auf Agrarökologie und Ernährungssouveränität verstärken:* Deutschland hat bereits erste Schritte unternommen, sich von Modellen der Grünen Revolution zu lösen. Die Bundesregierung sollte den agrarökologischen Kurs ihrer Entwicklungspolitik konsequent fortsetzen, agrarökologische Wissenszentren im Globalen Süden dauerhaft fördern und ihre Programme explizit auf Ernährungssouveränität ausrichten.
- *Politische Verantwortung Deutschlands im afrikanischen Kontext ausbauen:* Mit dem Wegfall von USAID entstehen neue Einflussräume in den afrikanischen Agrarpolitiken (CAADP, Kampala-Erklärung). Deutschland kann hier konstruktiv wirken, indem es die Stimmen zivilgesellschaftlicher Akteure stärkt. Das BMZ sollte den Vorsitz der CAADP-Gebergruppe übernehmen und sich dafür einsetzen, dass Agrarökologie verbindlich in afrikanischen Strategien verankert wird.
- *Das Ende von USAID eröffnet die Chance, Alternativen für globale Gesundheits- und Ernährungspolitik zu stärken.* Deutschland und internationale Partner sollten gezielt souveränitätsstärkende, nicht kommerzielle und öffentliche Gesundheits- und Ernährungssysteme fördern.
- *Demokratische Narrative gegen rechte Kampagnen stärken:* Die jüngsten Entwicklungen zeigen, wie stark rechte Diskurse und politische Strategien selbst in Deutschland die Entwicklungszusammenarbeit delegitimieren. Dies gefährdet eine langfristig verantwortungsvolle Globalpolitik. Regierung und demokratische Parteien sowie die kritische Zivilgesellschaft müssen Desinformationskampagnen aktiv entgegentreten und die Bedeutung internationaler Solidarität offensiv verteidigen.

ka, vermehrt auf Agrarökologie zu setzen. Beide Krisen zeigten, wie verwundbar und abhängig Agrar- und Ernährungssysteme sind, die auf der Grünen Revolution und ihren externen, teuer auf dem Weltmarkt zu kaufenden Betriebsmitteln wie Dünger, Saatgut, Pestizide und fossile Energie basieren. In vielen afrikanischen Staaten stiegen infolge beider Krisen die Lebensmittelpreise drastisch, und viele Menschen waren dadurch zusätzlich von Hunger und Mangelernährung betroffen.

Dies galt aber nicht für agrarökologische Produzent:innen und Regionen mit funktionierenden agrarökologischen Systemen. Sie waren und sind nicht abhängig, sondern konnten und können souverän agieren. Doch wie oben beschrieben war es – auch infolge der Arbeit von USAID – diesen Stimmen sehr schwer möglich, sich politisch in Afrika Gehör zu verschaffen und die Krisenerfahrungen in die notwendige und schon begonnene Transformation des Ernährungssystems hin zu Agrarökologie zu kanalisieren.

Dies macht ein wichtiges Ziel, wenn nicht *das* wichtigste Ziel von USAID deutlich: im Sinne der geopolitischen und ökonomischen Interessen vieler Staaten des Globalen Nordens und seiner Konzerne und insbesondere ausgerichtet auf die Interessen der USA weltweit Abhängigkeiten zu schaffen.

Welche Lehren gilt es zu ziehen?

Die starke globale Bewegung zu Agrarökologie und Recht auf Nahrung und insbesondere ihre starken Akteure in Afrika haben nicht nur die Abhängigkeiten offengelegt, die USAID geschaffen hat, sondern auch Alternativen aufgezeigt und für Alternativen sich eingesetzt. Mit dieser klaren Perspektive und in Kenntnis der individuellen und staatlichen (Ernährungs-) Souveränität stärkenden Konzepte der Agrarökologie sollte auch sehr kritisch auf die anderen Bereiche geschaut werden, in denen das Ende von USAID massive Versorgungslücken gerissen hat. Hier bietet sich unter anderem der Gesundheitssektor an. Auch hier bestehen massive wirtschaftliche Interessen der USA, ihrer Konzerne und der Finanzinvestoren an der Wallstreet. Zusätzlich gibt es wichtige Parallelen zum Agrar- und Ernährungssystem: Auch hier setzte USAID massiv auf Privatisierung sowie Schutz und Durchsetzung von Patenten und geistigen Eigentumsrechten auf Kosten der Rechte und der Souveränität der Staaten und Menschen im Globalen Süden. Es gilt daher auch in diesen Bereichen sich die Frage zu stellen, wo und wie hat USAID Abhängigkeiten geschaffen und was wären und sind politische und ökonomischen Alternativen?

In diesem Kontext gilt es für das BMZ, den Weg hin zur Agrarökologie und Stärkung der Souveränität seiner Partnerländer konsequent fortzusetzen. Es ist ein großer Fortschritt in der deutschen Entwick-

lungszusammenarbeit, dass sie begonnen hat, sich von Modellen wie der Grünen Revolution zu lösen, die Abhängigkeit kreieren, statt Selbstständigkeit und Unabhängigkeit zu fördern. Damit dieser Weg fortgesetzt werden kann, darf das Budget des BMZ aber nicht gekürzt werden. Auch die von der neuen Regierung propagierte Ausrichtung des BMZ an den Interessen der deutschen Wirtschaft ist kontraproduktiv und in der Sache höchst problematisch.

Mit Blick auf den afrikanischen Kontinent ergeben sich durch das Aus von USAID für das BMZ konkrete neue Handlungsspielräume gerade mit Blick auf die afrikanische Agrarpolitik im Rahmen der Afrikanischen Union (AU) und die Umsetzung der Kampala-Erklärung. Ganz konkret sollte das BMZ den Vorsitz der CAADP-Gebergruppe übernehmen und so sicherstellen, dass in Zukunft die Stimmen der afrikanischen Produzent:innen, marginalisierten Gruppen und der Zivilgesellschaft ausreichend gehört werden. Dazu wird es von großer Bedeutung sein, die agrarökologischen und ökologischen Wissenszentren langfristig fortzuführen und stärker mit CAADP zu verknüpfen. Von großer Bedeutung wäre es auch, den progressiven afrikanischen Staaten noch den politischen Raum und die Zeit zu verschaffen, Agrarökologie in den Indikatoren der Kampala-Erklärung und der CAADP-Umsetzung zu verankern.

Anmerkungen

- 1 Comprehensive Africa Agriculture Development Programme (<https://nepad-caadp.net/>).
- 2 Der Begriff »Post-Malabo-Prozess« bezieht sich auf die Fortsetzung und Weiterentwicklung der Agrar- und Ernährungspolitik der Afrikanischen Union (AU) nach der Malabo-Erklärung von 2014.
- 3 Die Kampala-Erklärung ist ein wegweisender politischer Rahmen, der von der Afrikanischen Union (AU) im Januar 2025 verabschiedet wurde. Sie legt eine neue, zehnjährige Vision (2026–2035) für die Transformation der Agrar- und Ernährungssysteme Afrikas im Rahmen des CAADP fest. Es geht nicht mehr nur darum, mehr Nahrung zu produzieren, sondern um die Schaffung widerstandsfähiger, inklusiver und nachhaltiger Agrarsysteme, die die Menschen ernähren, die Volkswirtschaften stärken und die natürlichen Ressourcen bewahren.
- 4 M. Belay: Why the demise of USAID could be goof for african food systems. AFSA post dated 22. April 2025 .
- 5 Deutscher Bundestag: Bundestag macht sich für die Förderung der Agrarökologie stark. 27. Juni 2019.
- 6 <https://kcoa-africa.org/>.
- 7 BMEL: Konzept für unsere Zusammenarbeit mit afrikanischen Ländern und Regionen. Berlin 2024.



Stig Tanzmann

Landwirt und Agrarwissenschaftler, seit 2010 als Referent für Landwirtschaft bei Brot für die Welt.

stig.tanzmann@
brot-fuer-die-welt.de